

## **KANTONSRATSPROTOKOLL**

Sitzung vom 18. September 2023  
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

### **M 920 Motion Candan Hasan und Mit. über Energie- und Kostensparen durch eine verbrauchsabhängige Abrechnung der Heiz- und Warmwasserkosten pro Nutzungseinheit (VHKA) / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement**

Der Regierungsrat und Fabian Stadelmann beantragen Ablehnung.  
Ursula Berset beantragt teilweise Erheblicherklärung als Postulat.  
Hasan Candan hält an seiner Motion fest.

Hasan Candan: Ich bin von unserem Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor doch etwas enttäuscht, dass er die Motion ablehnt, obwohl das Thema Energie ihm sehr wichtig zu sein scheint. Wir müssen endlich damit beginnen, Energie zu sparen. Mit der verbrauchsabhängigen Heiz- und Warmwasserkostenabrechnung (VHKA) pro Nutzungseinheit haben Sie die einmalige Chance, einen breiten Pflock in der ganzen Klima- und Energiediskussion einzuschlagen. Wir hatten noch nie eine so einfach umsetzbare Möglichkeit in diesem Kanton, um Energie zu sparen. Im Moment wird erst ab fünf Nutzungseinheiten separat abgerechnet. Studien belegen, dass vier- bis zehnmal mehr Energie verbraucht wird, wenn man den eigenen Verbrauch nicht kennt. Mit der Einführung der VHKA müssten wir viel weniger erneuerbare Energien produzieren und könnten die Energiekosten senken. Ich weiss nicht, weshalb die Regierung diese Chance nicht wahrnehmen will. Ich hoffe, dass unser Rat anderer Ansicht ist und die Motion unterstützt. Die Hauptkritik der Regierung ist obsolet. Sie sagt, die Einführung der VHKA für Gebäude von vor 1990 sei nicht verhältnismässig. In der Motion weise ich aber darauf hin, dass bei den Ausführungsbestimmungen Ausnahmen gemacht werden können. An den Kosten sollte es auch nicht scheitern, denn die Preise dieser Anlagen sind deutlich gesunken. Zudem soll die Umstellung der Erfassung pro Nutzungseinheit finanziell unterstützt werden, wo dies sinnvoll erscheint. Ich sehe keinen Grund, meine Motion abzulehnen.

Ursula Berset: Wenn ich unsere grüne Brille aufsetze, macht es völlig Sinn, eine möglichst breite Abdeckung mit solchen individuellen Nutzungsmessungen zu erreichen. Dieses Instrument wirkt. Wer eine individuelle Heizkosten- oder Warmwasserabrechnung erhält und diese auch versteht und bezahlen muss, verbraucht weniger Energie und Wasser. Richtig angewendet funktioniert dieses Instrument also. Wenn ich unsere liberale Brille aufsetze, so ist es klar, dass eine Vorschrift für individuelle Abrechnungen verhältnismässig sein muss. Im Energiegesetz haben wir uns im Kanton Luzern darauf geeinigt, dass eine individuelle Abrechnung erst ab fünf Nutzungseinheiten eingebaut werden muss und bei Altbauten nur bei grösseren Sanierungen. Die GLP-Fraktion steht immer noch hinter diesem Kompromiss. Im Bericht des Bundesamtes für Energie (BFE) zur Umsetzung der VHKA wird ausgeführt, dass

eine Befragung der Liegenschaftsverwaltungen ans Licht gebracht hat, dass dieses Gesetz nicht vollständig umgesetzt wird. Darauf geht die Regierung in ihrer Stellungnahme nicht ein. Das BFE schätzt, dass 43 Prozent der Liegenschaftsverwaltungen aus Kostengründen entweder auf die Installation der Geräte verzichten oder, wenn die Geräte vorhanden sind, auf die Ablesung. Sie tun das in Kenntnis der Rechtslage aber vor allem, weil sie keine Sanktionen zu befürchten haben. Das ist aus Sicht der GLP-Fraktion stossend. Deshalb soll der Regierungsrat mit der Sicherstellung des Vollzugs beauftragt werden. Wir brauchen keine neuen Gesetze oder Anpassungen, aber die bestehenden Gesetze müssen richtig umgesetzt werden. Die Bevölkerung hat das Recht, bei steigenden Energiekosten verbrauchsabhängig zu bezahlen. Es kann nicht sein, dass die Nichtumsetzung toleriert wird. Die GLP-Fraktion beantragt daher die teilweise Erheblicherklärung als Postulat.

Fabian Stadelmann: Die SVP-Fraktion lehnt die Motion ab. Der Regierungsrat hält zutreffend fest, dass das Kosten-Nutzen-Verhältnis nicht tragbar ist. Wir sollten uns einig sein, ob wir die Energie- oder die Mietkosten senken. Beides zusammen funktioniert nicht.

Gaudenz Zemp: Beim Lesen der Motion ist uns die folgende Aussage in den Sinn gekommen: «Wenn das die Lösung ist, so hätte ich gerne mein Problem wieder.» Die vorgeschlagene Lösung ist schlechter als das Problem selbst. Wir haben ein Problem, das stimmt. Wir möchten exakt messen, wer wie viel wovon verbraucht. Das ist ein urliberales Anliegen, das Verursacherprinzip ist immer zu begrüssen. Das exakte Messen ist aber im Wohnbereich aktuell nicht möglich, und das Verursacherprinzip greift nicht umfassend. Mit der Motion wird vorgeschlagen, dass die Messgeräte wesentlich breiter installiert werden müssen, nämlich bei jeder einzelnen Wohneinheit. Studien des Bundes zeigen, dass der Nutzen dieser Massnahme kleiner ist als der Aufwand. Trotzdem steht es jeder Bauherrschaft offen, solche Anlagen einzubauen. Aber eine so ineffiziente Massnahme darf sicher nicht staatlich verordnet oder sogar noch subventioniert werden. Wir nehmen zur Kenntnis, dass einige Kantone anderer Meinung sind, aber das macht diese Lösung auch nicht besser. Die FDP-Fraktion lehnt die Motion ab. Das heisst nicht, dass nicht nach Lösungen gesucht werden soll, denn die Technik verändert sich, und es wird neue Möglichkeiten geben. Dann kann man auch nochmals darüber diskutieren.

Fabrizio Misticoni: Eine verbrauchsabhängige Abrechnung – ein urliberales Anliegen – müsste für jede Mieterin und jeden Mieter Standard sein, nicht nur wenn die Energiekosten steigen. In vielen Mehrfamilienhäusern werden die Energiekosten immer noch pauschal abgerechnet. Wer so zur Miete wohnt und Energie spart, bezahlt unter dem Strich gleich viel, wie der Mieter, der das nicht tut. Das ist unfair und vor allem nicht zeitgemäss. Deshalb verstehe ich Ihre Ablehnung nicht. Wenn sich die Höhe der Heizkosten nicht durch das Verhalten beeinflussen lässt, fehlt jeglicher Anreiz, um Energie zu sparen. Eine individuelle Abrechnung ist fair und heute dank dem Einsatz modernster Technik auch nicht mehr so kompliziert. Die Stellungnahme der Regierung enttäuscht. Es wird einzig mit dem Argument des negativen Kosten-Nutzen-Verhältnisses argumentiert. In der heutigen Zeit finde ich das eine unverständliche Haltung. Energiesparen wird dadurch verunmöglicht und die Eigenverantwortung beschnitten. Die Motion sieht auch Ausnahmen vor beziehungsweise eine Flexibilisierung. Leider geht die Regierung nicht darauf ein. Mit einer Annahme der Motion ermöglichen Sie es allen Mieterinnen und Mietern, dass sie eine faire Abrechnung erhalten. Gleichzeitig fördern Sie das Energiesparen und stärken die Eigenverantwortung der Bevölkerung. Die Grüne Fraktion stimmt der Erheblicherklärung zu.

Michael Kurmann: Die Mitte-Fraktion lehnt die Motion ab. Bei der Gesamtrevision des Energiegesetzes 2017 wurde diese Frage ebenfalls kontrovers diskutiert. Damals hat man sich statt auf sieben auf fünf Einheiten geeinigt. Wir gehen mit der bürgerlichen Seite einig, dass

das im Moment ausreichend ist.

Angela Lüthold: Ich führe die Wirtschaftlichkeit nochmals ins Feld. Wenn die Geräte bei fünf Wohneinheiten eingebaut werden, müssen sie auch regelmässig geprüft und gewartet werden, damit die Messungen korrekt sind. Dieser Aufwand ist wahrscheinlich grösser als der Nutzen. Wie viele Kosten würden die Mieterinnen und Mieter überhaupt einsparen? Ich möchte nicht despektierlich sein, aber wenn die Nebenkosten 100 Franken kosten und die Installationskosten, der Unterhalt und die Verwaltungskosten hinzukommen, weiss ich nicht, ob das aufgeht. Deshalb finde ich es richtig, dass der Einbau erst ab fünf Wohneinheiten erfolgt.

Hasan Candan: Wir können Wasser, Öl und Strom messen, dann sollten wir es auch tun. Gaudenz Zemp muss sich scheinbar noch an seine neue Rolle als Umweltpolitiker gewöhnen, das lässt mich jedenfalls sein Votum vermuten. Wir kommen bei der Energiepolitik nicht weiter, weil die bürgerlichen Parteien alle am gleichen Strick ziehen, aber alle in eine andere Richtung.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Es ist unbestritten, dass wir mit unserer Energie und auch mit unserem Wasser sparsamer umgehen müssen. Dabei ist es hilfreich und im Sinn des Verursacherprinzips richtig, wenn man den Verbrauch kennt und diesen steuern kann. Nicht alle steuern den Verbrauch, wenn sie ihn kennen, aber zumindest ist für das Individuum die Möglichkeit gegeben. Im Gebäudebereich müssen solche wie in der Motion geforderten Hilfsmittel immer auch ins Verhältnis zu den Kosten gestellt werden. Im zweiten Teil der Motion heisst es: «Der Regierungsrat kann bei der Formulierung der Ausführungsbestimmungen in bestimmten Fällen Ausnahmen von der Erfassung pro Nutzungseinheit vorsehen.» Es geht aber noch weiter: «Der Regierungsrat soll zudem die Umstellung der Erfassung pro Nutzungseinheit finanziell unterstützen, wo dies sinnvoll erscheint.» Eigentlich wird so eine sehr angepasste Regelung vorgeschlagen. Das führt aber fast zu einer Regulierungswut. Deshalb hat sich Ihr Rat beim Energiegesetz für eine einfache Lösung entschieden, die nicht perfekt ist. Es geht aber auch um das Kosten-Nutzen-Verhältnis. Bei Radiatoren ist es relativ einfach, dort kann ein Gerät angebracht und ausserhalb der Wohnung über Funk abgelesen werden. Bei Bodenheizungen oder alten Installationen sind diese Installationen zum Teil sehr aufwendig. Schlussendlich müssten die Mieterinnen und Mieter dafür aufkommen. Es ist aber tatsächlich nicht in Ordnung, dass jemand für sein effizientes Verhalten bestraft wird, weil jemand anderes das nicht tut. Beim Strom ist es in Zukunft dank der Energie-Tracker-App übrigens einfacher. Diese Entwicklung führt zusammen mit der digitalen Strommessung dazu, dass man besser über seinen Energieverbrauch informiert wird. Wir lehnen die Motion ab. Trotzdem ist es wichtig, dass man dieses Thema im Auge behält. Ein möglichst sparsamer Energieverbrauch ist im Interesse von uns allen.

In einer Eventualabstimmung zieht der Rat die teilweise Erheblicherklärung als Postulat der Erheblicherklärung als Motion mit 78 zu 26 Stimmen vor. In der definitiven Abstimmung lehnt der Rat die Motion mit 73 zu 32 Stimmen ab.